

1 **Beschluss des Schleswig-Holstein-Rates am 23. März 2013 in Großhansdorf**

2 **Hochschulpolitische Leitlinien der**
3 **Jungen Union Schleswig-Holstein**

4
5 Die Junge Union Schleswig-Holstein hat sich in diesem Papier mit der Hochschulpolitik in Schles-
6 wig-Holstein auseinandergesetzt. Als rohstoffarmes Land ist unser Bundesland ganz besonders von
7 der Ausbildung und dem Ideenreichtum der Menschen, die bei uns leben, abhängig. Dieses Papier
8 soll einen Beitrag dazu leisten, die Hochschulpolitik weiter zu verbessern und Schleswig-Holstein
9 noch zukunfts- und wettbewerbsfähiger zu machen.

10

11 **Für eine eigenständige Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein**

12 In den letzten Jahren wurde die Struktur und Standortverteilung der schleswig-holsteinischen
13 Hochschulen immer wieder kontrovers diskutiert. Wir als Junge Union Schleswig-Holstein meinen,
14 dass die Hochschulen in Schleswig-Holstein geographisch angemessen verteilt sind und fachliche
15 Schwerpunkte entwickelt haben. In den Städten Kiel, Lübeck und Flensburg gibt es jeweils eine
16 Universität mit erkennbaren wissenschaftlichen Profilen, sowie staatliche und private Fachhoch-
17 schulen, die eine höhere Bildung mit praktischem akademischem Anspruch in der Fläche sicherstel-
18 len. Dazu bereichern die Musikhochschule in Lübeck und die Muthesius Kunsthochschule die
19 Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein. Die Junge Union Schleswig-Holstein plädiert für den
20 Erhalt dieser Struktur.

21

22 Aktuell bilden die drei Universitäten im Land einen gemeinsamen Universitätsrat, der eine enge
23 Zusammenarbeit und Abstimmung in den wesentlichen Entscheidungen zwischen den Universitä-
24 ten erfordert. Die Universitäten fordern jeweils einen eigenständigen Hochschulrat, um autono-
25 mer und unabhängiger von den anderen Universitäten Entscheidungen treffen zu können. Mehr
26 Eigenverantwortung an den Universitäten führt einerseits zu schlankeren und effizienteren Orga-
27 nisationsformen andererseits hilft es die Profile der einzelnen Einrichtungen weiterzuentwickeln.
28 Dies wird auch den aktuellen Entwicklungen an den Universitäten gerecht. So hat sich die Universi-
29 tät Lübeck dazu entschieden, sich zu einer Stiftungsuniversität zu entwickeln. Im Norden hat sich
30 die Universität Flensburg auf den Weg gemacht, „Europa-Universität“ zu werden. Eigene Profile
31 der Universitäten führen zu einer neuen Schwerpunktsetzung in den Hochschulen und am Ende zu

32 einer besseren Lehre und Forschung. Weiter sollte jede Universität selbst das Recht erhalten, Pro-
33 fessoren berufen zu können. Es ist davon auszugehen, dass dies die Berufungsprozesse erleichtern
34 wird und gewünschte Berufungen von Professoren beschleunigt. Auch dies führt zu einer Stärkung
35 der Forschung. Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein für jede Universität einen eige-
36 nen Hochschulrat. Neben den eigenständigen Hochschulräten der Universitäten soll ein Koordinie-
37 rungsausschuss der Hochschulen in Schleswig-Holstein eingerichtet werden. Dieser Koordinie-
38 rungsausschuss, bestehend aus Vertretern der Universitäten und Fachhochschulen, soll die Lan-
39 despolitik bei der übergreifenden Gestaltung und Planung der Hochschulpolitik beraten und die
40 Zusammenarbeit zwischen den Universitäten und Fachhochschulen verbessern.

41

42 Mehr Eigenverantwortung für die Universitäten darf aber nicht dazu führen, dass die Leistungsfä-
43 higkeit und Weiterentwicklung der Hochschulen nicht regelmäßig überprüft werden. Daher ist es
44 notwendig, dass ein Qualitätskontrollsystem an den Hochschulen eingeführt wird. Für die Lehre
45 soll hierbei die bereits an vielen Hochschulen vorhandene Evaluation von Lehrveranstaltungen
46 weiterentwickelt werden. Grundsätzlich sollten alle Lehrveranstaltungen durch die Teilnehmer in
47 Form von elektronischen oder schriftlichen Fragebögen evaluiert werden. Die Ergebnisse der Be-
48 fragungen sollen öffentlich gemacht werden. Dies soll dazu führen, dass die Dozenten eine aktive
49 Rückmeldung auf die Qualität ihrer Lehre erhalten. Wünschenswert wäre ein Austausch der Lehr-
50 körper innerhalb der Universität zu den Veröffentlichungen. Ein aktiver Evaluationsprozess der
51 Lehre führt zu besseren Vorlesungen und besseren Absolventen an den Hochschulen. Ebenso muss
52 auch die Forschung an den Hochschulen einer Qualitätskontrolle unterliegen. Dazu sollen Zielver-
53 einbarungen der Hochschulen mit dem Land abgeschlossen werden, die in kurzer und langer Frist
54 messbare Ziele zur Weiterentwicklung der Forschung festschreiben.

55

56 Die aktuelle Landesregierung hat angekündigt, die Fachhochschulen und die Universitäten anzu-
57 gleichen. Eine Kernforderung der Wissenschaftsministerin ist, dass in Zukunft auch Fachhochschu-
58 len Absolventen eine Promotion ermöglichen können. Für die Junge Union Schleswig-Holstein wi-
59 dersprechen diese Pläne dem Grundkonzept der Hochschulen. Fachhochschulen wurden mit dem
60 Ziel gegründet, ein Studium mit hoher Praxis- und Berufsnähe anzubieten. Dabei spielt das Erlern-
61 en und Erarbeiten der theoretischen Grundlagen eine untergeordnete Rolle. Es geht darum, Wis-
62 sen anwendungsorientiert vermittelt zu bekommen. Auf der anderen Seite vermitteln Universitä-
63 ten ein allgemeineres theoretisches Wissen in den einzelnen Studiengängen und führen die Stu-
64 denten an wissenschaftliches Arbeiten heran. Dabei steht häufig weniger die praktische Anwen-
65 dung, sondern das Wissen und Forschen selbst im Vordergrund der Lehre. Dieser Unterschied

66 spiegelt sich auch in unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen wieder. Die Junge Union fordert,
67 auch in Zukunft an diesen unterschiedlichen Konzepten von Hochschulen festzuhalten. Daher
68 spricht sich die Junge Union Schleswig-Holstein gegen ein Promotionsrecht an Fachhochschulen
69 aus.

70

71 An deutschen Universitäten sind Frauen in den höchsten wissenschaftlichen Ämtern seit Jahren in
72 der Unterzahl. Obwohl jährlich knapp mehr als die Hälfte aller Absolventen weiblich ist, beträgt
73 der Frauenanteil unter den Professoren nicht einmal 20%. Um dieser allseits beklagten Situation
74 abzuhelpfen, wird immer wieder eine Frauenquote für Professoren vorgeschlagen. Die Junge Union
75 Schleswig-Holstein glaubt nicht, dass in der Wissenschaft, in der es um Spitzenleistungen in For-
76 schung und Lehre geht, ein solches Instrument sinnvoll ist. Exzellente Wissenschaft beruht auf
77 Leistung und nicht auf Geschlecht. Führende Wissenschaftsorganisationen sind überwiegend ge-
78 gen eine Frauenquote. Eine solche Regelung würde jede Frau in der Wissenschaft – egal wie exzel-
79 lent sie ist – zur „Quotenfrau“ abstempeln. Wissenschaftlerinnen wollen aber nach wissenschafts-
80 adäquaten Maßstäben beurteilt werden.

81

82 Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein:

- 83 • die Beibehaltung der Struktur der schleswig-holsteinischen Hochschullandschaft
- 84 • die Einführung von Hochschulräten an allen Universitäten
- 85 • einen gemeinsamen Koordinierungsausschuss aller Hochschulen in Schleswig-Holstein
- 86 • die Veröffentlichung der Evaluationen von Professoren
- 87 • Zielvereinbarungen mit den Universitäten zu treffen
- 88 • kein Promotionsrecht an Fachhochschulen
- 89 • keine Frauenquote für Anstellungen an Hochschulen

90

91

92 **Die Bologna-Reform neu erfinden**

93 Die Umstrukturierung der Hochschulen im Zuge des Bologna-Prozesses hat in den letzten Jahren
94 tiefgreifende Veränderungen in der Hochschullandschaft hervorgerufen. Sowohl für die Akteure in
95 den Hochschulen als auch außerhalb der Hochschulen ist die Anpassung an die neuen Studiengän-
96 ge und Studienformen mit einem enormen Kraftakt verbunden. Dieser Prozess ist bereits weit
97 fortgeschritten. Daher lehnt die Junge Union Schleswig-Holstein eine Rückführung zu den früheren
98 Diplom- und Magister-Studiengängen ab. Vielmehr fordert die Junge Union Schleswig-Holstein, die
99 noch vorhandenen Defizite der Reform schnellstmöglich zu beheben.

100

101 Aktuell führen die meisten Hochschulen ein eigenes Bewerbungsverfahren für Studieninteressierte
102 durch. Dies führt zu vielen Mehrfachbewerbungen und verursacht sowohl für die Bewerber als
103 auch für die Hochschulen einen enormen Aufwand. Ein bundesweit einheitlich gesteuertes Anmel-
104 deverfahren könnte diese Schwierigkeiten lösen. Dabei sollte eine unabhängige Stelle beauftragt
105 werden, die sicherstellt, dass die Hochschulen weiterhin auch individuelle Bewerbungskriterien
106 festlegen können. Studieninteressierten wird weiterhin die freie Wahl zwischen mehreren Univer-
107 sitäten gewährt. Eine willkürliche Zuteilung an eine bestimmte Universität darf es aus Sicht der
108 Jungen Union Schleswig-Holstein nicht geben.

109

110 Zahlreiche Prüfungen werden aktuell am Ende des jeweiligen Semesters im ersten und zweiten
111 Prüfungszeitraum angeboten, wobei die dazugehörigen Vorlesungen meistens nur im Winter- oder
112 Sommersemester gehalten werden. Dies bedeutet, dass jeder Student, der durch eine Prüfung im
113 zweiten Prüfungszeitraum durchgefallen ist, eventuell ein Jahr warten muss, bevor die Prüfung
114 wiederholt werden kann. Damit steigt sowohl der Leistungsdruck auf die Studenten, als auch die
115 Studiendauer. Die Einführung einer dritten Prüfung im zweiten Prüfungszeitraum des folgenden
116 Semesters würde zu einer wesentlichen Steigerung der Flexibilität der Studenten beitragen und
117 einen Abschluss des Studiums in der Regelstudienzeit leichter ermöglichen.

118

119 Weiter beträgt die Regelstudienzeit eines Bachelor-Studienganges an vielen Hochschulen sechs
120 Semester. Dies führt zu einer extremen Herausforderung für die Studenten. Acht Prüfungen pro
121 Semester, neben Hausarbeiten und Referaten, sind die Regel. Die individuelle Entwicklung, die
122 Suche nach der eigenen Spezialisierung sowie die Praktika-Erfahrungen im In- und Ausland bleiben
123 dabei auf der Strecke. Eine Erhöhung der Regelstudienzeit auf sieben bis acht Semester würde zu

124 einer Entzerrung der universitären Ausbildung führen und somit zu einer Verstärkung der Entfal-
125 tungsmöglichkeiten von Studenten.

126

127 Durch die Verschulung in Folge des Bologna-Prozesses wurden gleichzeitig auch die Wahlmöglich-
128 keiten bezüglich der Studienfächer eingeschränkt. So ist es zwar jedem Studenten gestattet, auch
129 Vorlesungen anderer Fakultäten zu besuchen, jedoch wird dies durch die unterschiedlichen Lei-
130 stungspunktebewertungen kaum genutzt. Die Junge Union Schleswig-Holstein möchte die Studen-
131 ten jedoch in ihrer Wahlfreiheit und individuellen Studienentwicklung fördern. Dies kann einerseits
132 durch einen bestimmten Wahlmodul-Pool, aus dem jeder Student Module frei wählen kann, ge-
133 schehen, andererseits durch eine Angleichung der Leistungspunktevergabe unter den Fachberei-
134 chen.

135

136 Damit ein hohes Leistungsniveau der Studenten während der Ausbildung weiterhin erstrebenswert
137 bleibt, setzt sich die Junge Union Schleswig-Holstein für einen zulassungsbeschränkten Master ein.
138 Damit jedoch auch willensstarken und motivierten Studenten, welche den Numerus Clausus nicht
139 erreicht haben, die Chance auf einen Masterabschluss gewährleistet wird, fordert die Junge Union
140 Schleswig-Holstein, neben der Zulassungsnote als weitere Zugangsmöglichkeit einen Eignungstest
141 einzuführen. Die Zulassungsbeschränkung soll nicht für Lehramtsstudenten gelten.

142

143 In einigen Studienfächern, wie zum Beispiel Jura, werden heute noch zentrale Abschlussprüfungen
144 durchgeführt. Das Ziel dieser Prüfungen ist es, den gesamten Stoff eines mehrjährigen Studiums
145 innerhalb weniger Tage in mehreren Prüfungen abzufragen. Damit soll gewährleistet werden, dass
146 ein Absolvent umfassend über sein Studium geprüft wird. Diesem Ziel können Zentralprüfungen
147 heute jedoch nur noch bedingt gerecht werden. Der Wissens- und Forschungsstand ist in den letz-
148 ten Jahren erheblich gewachsen. Gerade durch Informationstechnologien werden Forschungser-
149 gebnisse schnell und weit verbreitet. Im Rahmen von Zentralprüfungen wird erwartet, dass ein voll
150 umfänglicher Wissensstandard während eines bestimmten Prüfungszeitraums vom Studenten ab-
151 gerufen werden kann. Dies sichert jedoch nicht ein dauerhaftes Erlernen des relevanten Stoffs,
152 sondern fördert nur die sinnlose Reproduktion einer kaum überschaubaren Stoffmenge. Daher
153 fordert die Junge Union Schleswig-Holstein eine Abkehr von dem System der Zentralprüfungen.
154 Damit Abschlussprüfungen die Qualität der akademischen Ausbildung sichern, bedarf es einer

155 Umstrukturierung. Prüfungen sollten über das gesamte Studium gestreckt werden. Regelmäßige
156 Leistungsabfragen sollten Bestandteil der Abschlussnote jedes Studienganges sein.

157

158 Um die Attraktivität von Auslandsaufenthalten für Studenten zu steigern, muss es leichter sein,
159 sich Leistungen von ausländischen Universitäten für das Studium anerkennen zu lassen. Noch im-
160 mer werden die im Ausland an Partneruniversitäten erbrachten Leistungen nicht selbstverständlich
161 anerkannt. Lehrstühle prüfen häufig immer noch jeden Einzelfall auf Antrag des jeweiligen Studen-
162 ten. In vielen Fällen wird die Leistung auch erst bei der Rückkehr aus dem Ausland endgültig aner-
163 kannt. Dieses Verfahren führt zu Unsicherheit und erhöhtem Arbeitsaufwand und trägt nicht dazu
164 bei, dass ein Auslandsstudium an Attraktivität gewinnt. Daher fordert die Junge Union Schleswig-
165 Holstein, dass deutsche Universitäten mit Partneruniversitäten grundsätzlich das Lehrangebot
166 abgleichen und mögliche Anerkennungen von Studienangeboten vereinbaren und veröffentlichen.
167 Daneben sollen gerade für speziellere Studiengänge großzügige Einzelfallprüfungen von Anerken-
168 nungen möglich sein.

169

170 Mit der Bologna-Reform und der damit einhergehenden Verschulung des Studiums sind sowohl die
171 Methodenkompetenz als auch die Förderung der Eigenverantwortlichkeit zu häufig auf der Strecke
172 geblieben. Dennoch benötigen gerade Universitätsabsolventen diese Fähigkeiten in ihrem späte-
173 ren Berufsleben. Die Junge Union Schleswig-Holstein setzt sich für einen Abbau der Verschulung
174 und Modularisierung der Studiengänge ein, um die Freiheit und die individuellen Entwicklungs-
175 und Spezialisierungsmöglichkeiten der Studenten nicht noch mehr einzuschränken.

176

177 Nach Meinung der Jungen Union ist der klassische Weg Abitur – Bachelor – Master –Promotion
178 nicht mehr zeitgemäß. Die deutsche Hochschullandschaft muss flexibler und durchlässiger werden.
179 Aufgrund des demographischen Wandels und des immer stärker werdenden Fachkräftemangels
180 werden uns in einigen Jahren viele hochqualifizierte Spezialisten fehlen, insbesondere Ingenieure
181 und Naturwissenschaftler. Deswegen sollen Universitäten und Fachhochschulen ihr Angebot an
182 Teilzeitstudiengängen ausbauen. In Zukunft müssen alle Studiengänge einer Hochschule auch in
183 Teilzeit zu studieren sein.

184

185 Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein:

- 186 • die Beibehaltung und gleichzeitige Verbesserung des Bachelor-/Master-Systems
- 187 • ein bundesweit gesteuertes Anmeldeverfahren für Hochschulen
- 188 • das Angebot von drei Prüfungszeiträumen pro Jahr
- 189 • eine Erhöhung der Regelstudienzeit auf sieben bis acht Semester im Bachelor-Studium
- 190 • ein einheitliches Leistungsbewertungssystem über alle Fachrichtungen an den Universitä-
191 ten
- 192 • die Beibehaltung des zulassungsbeschränkten Master-Studiengangs mit der Möglichkeit
193 eines Eignungstests
- 194 • Abschaffung von zentralen Abschlussprüfungen
- 195 • eine Verbesserung der Anerkennung von Leistungen aus dem Ausland
- 196 • eine stärkere Förderung der Methodenkompetenz und Eigenverantwortlichkeit der Studen-
197 ten

198

199 **Ein Studium für alle finanzierbar machen und dabei Leistung gezielter fördern**

200 In den letzten Jahren wurde heftig um die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit von Studiengebühren
201 gestritten. Die Diskussion ist zu einer ideologischen Debatte geworden, in der immer weniger
202 Sachargumente ausgetauscht worden sind. Die Junge Union Schleswig-Holstein hält weiterhin an
203 der Überzeugung fest, dass nachgelagerte Studiengebühren eine sinnvolle Maßnahme zur Verbes-
204 serung der Wettbewerbsfähigkeit und Finanzierung der Lehrer an Universitäten sein können. Da
205 ein Alleingang Schleswig-Holsteins zur Wiedereinführung von Studiengebühren unter den gege-
206 benen Rahmenbedingungen nicht sinnvoll ist, spricht sich die Junge Union Schleswig-Holstein für
207 eine bundesweite Einführung von nachgelagerten Hochschulgebühren aus. Ihre Höhe soll unab-
208 hängig von der Dauer des Studiums, sein, sodass den Hochschulen ein Anreiz geliefert wird, den
209 Studenten ein zügiges Studium zu ermöglichen. Weiterhin sollen die Hochschulgebühren vom Ge-
210 halt der Absolventen abhängen, so zahlen die Absolventen beispielsweise während der ersten 5
211 Jahre der Berufstätigkeit 2% ihres Bruttogehaltes an die Hochschule. Ein kreditfinanziertes Vor-
212 schießen der Gebühren an die Hochschulen, wie es in Hamburg der Fall war, soll es nicht geben.

213

214 Die Gestaltung des BaföGs und der Studienförderung muss neu überdacht werden. Studieren hat
215 sich in den letzten Jahrzehnten grundsätzlich verändert. War früher ein Studium der klassische
216 Ausbildungsweg direkt nach dem Abitur, gibt es heute viele verschiedene Ausbildungswege in ver-
217 schiedenen Lebensabschnitten, die zu einem Hochschulabschluss führen. Daher muss sich auch die
218 staatliche Unterstützung für die Finanzierung eines Studiums den neuen Realitäten anpassen. Ein
219 notwendiger Schritt ist, eine zukünftige Studienförderung elternunabhängig zu gestalten. Daher
220 fordert die Junge Union Schleswig-Holstein die Abschaffung des heutigen BaföGs und die Einfüh-
221 rung einer „Neuen Studienförderung“.

222

223 Die „Neue Studienförderung“ gliedert sich in eine Förderphase und eine Rückzahlungsphase. Wäh-
224 rend der Förderphase erhält der Student einen wählbaren monatlichen Förderbetrag, der sich im
225 Maximum an dem heutigen Bafög-Höchstsatz orientiert. Die Förderung kann ab dem ersten Se-
226 mester erteilt werden und sollte nicht länger als 2 Semester nach der Regelstudienzeit ausgezahlt
227 werden. Für die Rückzahlungsphase verpflichtet sich der Förderempfänger, nach dem Studium
228 einen bestimmten prozentualen Anteil, maximal 5 Prozent seines Einkommens, über mehrere Jahre,
229 maximal 20 Jahre, zurückzuzahlen. Die Höhe des Prozentsatzes und die Länge der Rückzahlungs-
230 phase richten sich nach dem erhaltenen Förderungsbetrag und der Förderungsdauer. Wie auch
231 beim aktuellen Bafög soll es auf besonders zügiges und erfolgreiches Studieren einen Bonus geben,
232 der sich bei der „Neuen Studienförderung“ positiv durch die Reduzierung des Rückzahlungspro-
233 zentsatzes und die Rückzahlungsdauer auswirkt.

234

235 Im Gegensatz zum heutigen Bafög bemisst sich die Rückzahlung und damit die Höhe der mögli-
236 chen Förderung an der zukünftigen Leistungsfähigkeit der Förderempfänger. Das System wird da-
237 her der Elternunabhängigkeit gerecht, ohne die Komponente einer sozial abgewogenen Förderung
238 aufzugeben. Die „Neue Studienförderung“ hebt sich auch deutlich in ihrer Attraktivität von einem
239 normalen Studienkredit ab, da die Rückzahlung nicht auf einen Festbetrag normiert ist. Die Inan-
240 spruchnahme der Förderung ist vom zukünftigen Einkommen abhängig, was die zukünftigen Belas-
241 tungen und deren Folgen für den Förderempfänger kontrollierbarer machen. Es ist davon auszuge-
242 hen, dass ein solches System das Studieren attraktiver gestaltet.

243

244 Neben einer generellen Studienförderung muss zwingend der Anteil an Studenten mit einem Sti-
245 pendium ausgeweitet werden. Hier muss der Bund stärkere Anreize setzen und die Förderungen

246 erhöhen, um die Vergabe von Stipendien für Unternehmen und Privatpersonen attraktiv zu gestalten. Das Ziel, in den kommenden 10 Jahren die Stipendiaten-Quote auf 20 Prozent zu erhöhen, muss stärker verfolgt werden. Darüber hinaus sollten auch die Angebote von Stipendien für bestimmte Studienabschnitte, insbesondere von Auslandssemestern, weiter ausgeweitet werden. Erasmus ist hierfür ein gutes Beispiel.

251

252 Weiter setzt sich die Junge Union Schleswig-Holstein für die Einführung eines Bildungssparvertrages ein. Dieser Bildungssparvertrag soll durch die KfW Bank angeboten werden. Spareinlagen sollten ähnlich wie bei einer Direktversicherung zur Altersvorsorge, bei der Einzahlung steuer- und sozialversicherungsfrei gestellt werden und erst bei der Auszahlung durch den Empfänger entsprechend versteuert werden. Auszahlungen können nur für Ausgaben getätigt werden, die mit einer Ausbildung einschließlich des notwendigen Lebensunterhalts im Zusammenhang stehen. Der Bildungssparvertrag soll ein attraktives Mittel sein, um für die Ausbildung der eigenen oder nahe stehenden Kinder vorzusorgen.

260

261 Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein:

- 262 • eine Bundesweite Einführung von nachgelagerten und einkommensabhängigen Hochschulgebühren
- 264 • die Abschaffung des BaföG und die Einführung einer „Neuen Studienförderung“
- 265 • eine Stipendiatenquote von 20 Prozent bis 2023
- 266 • die Einführung eines Bildungssparvertrages in Zusammenarbeit mit der KfW-Bank

267

268

269 **Für mehr Transparenz und gegen ein allgemeinpolitisches Mandat des AStA**

270 Die Junge Union Schleswig-Holstein plädiert dafür, die studentische Vertretung in ihrer heutigen formalen Struktur beizubehalten. Das Studierendenparlament als höchstes Beschlussgremium der Studentenschaft soll auch weiterhin durch die Studenten in einer jährlichen Wahl in jeder Hochschule gewählt werden. Das Studierendenparlament soll auch weiterhin einen AStA bzw. studentischen Vorstand als „Regierung“ der Studenten einer Hochschule wählen. Der AStA ist zuständig für

275 die laufenden Geschäfte der Studentenvertretung und gewährleistet das Mitspracherecht der Stu-
276 denten bei hochschulpolitischen Angelegenheiten in und außerhalb der Hochschulen. So trägt der
277 AStA z.B. mit seinem Mitspracherecht im Vorstand und Verwaltungsrat des Studentenwerkes zu
278 einer gezielten Förderung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Belange der Studenten bei.

279

280 Aus Sicht der Jungen Union Schleswig-Holstein muss die Finanzierung und Aufgabengestaltung
281 des AStAs jedoch dringend auf den Prüfstand gestellt werden. In den vergangenen Jahrzehnten ist
282 es mehrfach zu Unregelmäßigkeiten bei der Verwendung der Haushaltsmittel gekommen. Es kam
283 zu Fällen von verantwortungslosem Umgang mit den Pflichtbeiträgen der Studenten bis hin zur
284 Veruntreuung dieser Gelder. Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher mehr Transparenz
285 in den Haushalten des AStAs. Dabei muss für jeden beitragspflichtigen Studenten klar nachvoll-
286 ziehbar sein, wie sich der Haushalt des AStAs im Einzelnen zusammensetzt und wofür die Beiträge
287 ausgegeben werden. Weiter sind die Beiträge für das Studentenwerk, das Semesterticket und den
288 AStA streng voneinander im Haushalt zu trennen. Zudem fordert die Junge Union Schleswig-
289 Holstein bei geplanter Erhöhung der Pflichtbeiträge, die über die reguläre Inflation hinausgehen,
290 eine Urwahl der Studentenschaft über diese, die Urwahl wird durch eine Wahlbeteiligung von min-
291 destens 20% der Stimmberechtigten gültig. Dieses Vetorecht der Studentenschaft soll dazu bei-
292 tragen, dass der AStA keine übermäßigen Erhöhungen der Pflichtbeiträge durchsetzt, die nicht im
293 Sinne der Studenten sind.

294

295 Weiter sollte der AStA eine strenge Aufgabenüberprüfung durchführen. Gerade Beratungsangebo-
296 te für Studenten, die auch durch das Studentenwerk als Sozialwerk der Studenten angeboten wer-
297 den könnten oder sogar schon werden, sollten gestrichen werden. Ebenso sollte nach dem Subsidi-
298 aritätsprinzip überprüft werden, ob bestimmte Veranstaltungsformate nicht besser durch Fach-
299 schaften angeboten werden sollten. Es kam in den vergangenen Jahrzehnten oftmals zu Fällen, bei
300 denen die Legitimierung des Stupas durch den AStA missbraucht wurde, um außerhalb der Hoch-
301 schule ein allgemeinpolitisches Mandat wahrzunehmen. Um dem entgegen zu treten, fordert die
302 Junge Union Schleswig-Holstein, dass in der Geschäftsordnung sowie in der Organisationsatzung
303 des AStAs klar, unmissverständlich und offenkundig festgehalten werden muss, dass der AStA kein
304 allgemeinpolitisches Mandat trägt. In diesem Zuge sollten auch die einzelnen Referate des AStAs
305 auf Notwendigkeit überprüft werden.

306

307 Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein:

- 308 • die Beibehaltung der formalen Struktur der studentischen Vertretung an der Hochschule
- 309 • mehr Transparenz beim Haushalt des AStAs
- 310 • strenge Trennung der Beiträge für Studentenwerk, Semesterticket und AStA
- 311 • Urwahlen der Studentenschaft bei Erhöhung der Pflichtbeiträge über die Inflation durch
312 den AStA
- 313 • strenge Aufgabenüberprüfung des AStAs
- 314 • eine Prüfung, ob das Studentenwerk einen Teil der Aufgaben des AStAs übernehmen kann
- 315 • ein klares Verbot für den AStA, ein allgemeinpolitisches Mandat wahrzunehmen